



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/142

22. Juni 1950

## Hinweise auf den Inhalt:

Mit ausländischen Augen - Beobachtungen eines Journalisten auf einer Deutschlandfahrt	S.1
Daltons schwerer Missgriff - Ein Londoner Bericht	S.3
Betrachtung zu einer Massnahme der Besatzungs- behörden	S.5
Zum Kongress für kulturelle Freiheit	S.6

### Mit ausländischen Augen

Ein Ausländer revidiert sein Urteil

sp. Hannover, im Juni

Ein ausländischer Journalist, unterwegs auf einer Informationsreise durch Schleswig-Holstein und Niedersachsen, berichtete in Hannover in einem persönlichen Gespräch über seine Betrachtungen und Eindrücke. Er hatte sich mehrere Wochen bereits in Schleswig-Holstein aufgehalten, das Land kreuz und quer durchfahren, auch in Niedersachsen hatte er sich recht gründlich umgesehen. Der Korrespondent arbeitet für eine weltbekannte Zeitung, deren besondere Stärke gründliche und gewissenhafte Auslandsberichterstattung ist. Sein Auftrag lautet, festzustellen: Was hat es mit dem neudeutschen extremen Nationalismus auf sich? Schleswig-Holstein und Niedersachsen sollten als für diese Erscheinung in Deutschland besonders typische Länder besonders bevorzugt werden. Der Mann ist viel in der Welt herumgekommen. Er verfügt über eine jahrzehntelange Erfahrung, in relativ kurzer Zeit trotz fremder Umgebung sich die für ein zuverlässiges Urteil notwendigen Unterlagen zu verschaffen.

Es war für den deutschen Gesprächspartner recht interessant, wie fremde Augen das eigene Land sehen. Zunächst einmal hielt der Korrespondent die im Auslande so weit verbreitete Nachricht für irrig, der extreme deutsche Nationalismus sei eine heute zwar noch latente, aber doch sehr dringende drohende Gefahr schon für die nähere Zukunft. Die-

se Art von Nationalismus ist nach der Ansicht von Herrn X keine prinzipielle Grundhaltung, sondern die Folge einer besonderen Notlage, Ausdruck eines Protestes gegen die eigene und die Bedrängnis weiterer Bevölkerungskreise in Deutschland.

Immer wieder sei er darauf gestossen, dass die führenden Köpfe etwa der SRP oder der DRE oder auch - in Schleswig-Holstein - der DP, ehemals aktive Nationalsozialisten waren, die es nicht verwinden könnten, in der politischen Anonymität unterzutauchen. Das Gros der Jugend vor allem wolle mit diesen Kräften nach seiner Beobachtung nichts zu tun haben, auch wenn es der parlamentarischen Demokratie und ihren sichtbarsten Repräsentanten, den Parteien, zumeist verständnislos oder gar ablehnend gegenüberstehe. Aber Rückkehr zu einem Einpartei-System werde von der überwiegenden Zahl der jungen Leute, die er gesprochen habe, ebenfalls abgelehnt. Nur fehle für diese Menschen noch ein anziehendes, sie überzeugendes Gegenprinzip.

Hier sei er vielen unklaren Vorstellungen begegnet. Neben Wünschen nach irgend einer ständischen oder "kontrollierten Befehlsordnung" sei er auch dem Gedanken begegnet, die "fortschrittlichen Kräfte" sollten sich um die Gewerkschaften, die Konservativen um die Kirche gruppieren - wie gesagt, sehr verwaschene, unausgegrenzte Gedanken, von denen diese Menschen zumeist fühlten, wie unwirklich sie seien.

Eine Idee aber habe grosse Zugkraft, nach dem, was er gesehen und gehört habe: "die europäische". Sie sei der Angelpunkt unzähliger Überlegungen und Wünsche und das sei für ihn besonders ermutigend gewesen. Freilich werde dabei so gut wie allgemein die volle Gleichberechtigung als unerlässliche Voraussetzung genannt. Das Verfahren des Sichbegnügens mit schrittweiser Annäherung an diesen Zustand werde sehr skeptisch beurteilt. An diesem Punkt setzten auch manche Vorbehalte gegenüber der Aufrichtigkeit der meisten deutschen Partner in einem solchen zusammengeschlossenen Europa ein.

Der ausländische Beobachter war erstaunt über eine Tatsache, der er immer wieder begegnet sei: sachliche und faire Argumentation im persönlichen Gespräch und im kleinen Kreis, auch wenn er politisch sehr uneinheitlich zusammengesetzt sei, und Abgleiten in Unsachlichkeit und Verdächtigung der Motive der Gegner, wenn es um Diskussionen im grösseren Kreise, in einer Versammlung etc. gehe. Dieser Unterschied sei zumeist erheblich grösser als unter den gleichen äusseren Voraussetzungen in anderen Ländern. Aber darin habe man wohl nichts anderes zu sehen, als den Unterschied zwischen der grösseren und geringeren demokratischen Erfahrung und der Selbstbeherrschung des einzelnen. Darum sehe er der weiteren Entwicklung in Deutschland gewiss nicht mit Überschwang, aber doch mit guter Zuversicht entgegen.

Daltons schwerer Mißgriff  
 -----  
 Von unserem Londoner Mitarbeiter

Der Tumult um die Labour-Denkschrift "Europäische Einheit" wird sich wieder legen, aber der Schaden, den sie der Labour-Party in England und in der westlichen Welt zugefügt hat, ist schwer wieder gut zu machen. Wenn irgend etwas geeignet war, das beginnende Verständnis für die konstitutionellen Bedenken der englischen Regierung gegen eine übernationale Behörde, wie sie der Schuman-Plan vorsieht, empfindlich zu treffen, dann war es dieses Manifest. Auch eine konservative Regierung hätte kaum in dieser Frage eine andere Haltung eingenommen, denn eine Behörde, deren Beschlüsse für die Regierungen aller Teilnehmerstaaten am Schuman-Plan bindend sein sollen, ist in England aus Gründen der Verfassung und der Verpflichtungen gegenüber den Gliedstaaten des Commonwealth nicht oder jedenfalls noch nicht diskutabel.

Was ist nun eigentlich geschehen? Unter dem Vorsitz von Hugh Dalton, dem Minister für Siedlungsplanung und Mitglied des engeren Kabinetts, hat der Unterausschuss für internationale Fragen im Landesexekutivausschuss der Labour-Party das seit Kriegsende erste parteiamtliche aussenpolitische Manifest ausgearbeitet und am Tage vor einer Erklärung Attlees über den Schuman-Plan veröffentlicht. Weder Attlee noch Bevin haben den Termin der Veröffentlichung gekannt. Der Premierminister hat es ausdrücklich im Unterhaus als unglücklich bezeichnet, daß die Schrift der Partei vor der Erklärung der Regierung veröffentlicht worden ist.

Die Denkschrift sollte keineswegs eine parteiamtliche Erklärung zum Schuman-Plan sein, sondern eine Stellungnahme Labours zu den grossen Fragen der internationalen Politik. Die Schrift enthält sehr ernstzunehmende Gedanken zur Frage einer europäischen Neutralität in einem kommenden Kriege, die sie ablehnt, zur Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, die sie bejaht, zur Form der europäischen

Einheit usw. Der Ausschuss, der die Schrift ausgearbeitet hat, war längst tätig, ehe der Schuman-Plan überhaupt bekannt wurde. Die Stellungnahme zu dieser Frage ist in letzter Minute eingefügt worden.

Auf diese Stellen haben sich die Gegner der Labour Party fast ausschliesslich gestürzt. Es ist kein Zweifel, dass sie unklug formuliert sind. Ihr governantenhafter Ton, der deutlich die Feder Hugh Daltons verrät, ist überall als verletzend empfunden worden. Bevin hat mit diesem Manifest nichts zu tun. Der Aussenminister hat auf seinen Wortlaut keinen Einfluss gehabt, da er nicht Mitglied des erwähnten Unterausschusses ist. Dessen gehören als prominente Mitglieder neben Hugh Dalton der Gesundheitsminister Aneurin Bevan und der Verteidigungsminister Emanuel Shinwell an, also nur Männer des betont linken Flügels der Labour Party. Dalton, der in Straßburg bereits viel europäisches Porzellan zerschlagen hat, mag gehofft haben, seinen alten aussenpolitischen Ehrgeiz auf diese Weise befriedigen zu können und sich den Weg zum Aussenministerposten zu ebnen. Er dürfte inzwischen begriffen haben, dass er sich gründlich verrechnet hat.

Der linke Labour-Flügel hat sich eine schwere Schlappe beigebracht. Es ist nicht der mindeste Zweifel möglich, dass vor allem der mächtige Herbert Morrison für eine gründliche Klärung der Machtverhältnisse in der Labour-Party sorgen wird, wobei er der vollen Unterstützung Attlees und Bevins nach diesem Mißgriff Daltons sicher sein kann. Der Boden, der seit den Februar-Wahlen durch die kluge und maßvolle Haltung Morrisons zurückgewonnen worden ist, dürfte durch diese eine Broschüre verlorengegangen sein. Attlee stehen harte Wochen bevor. Unterläge er jetzt im Unterhaus, dann könnte eine Neuwahl zu einer empfindlichen Niederlage Labours führen. Es wird für ihn darauf ankommen, Zeit zu gewinnen, bis sich die hochgehenden Wogen geglättet haben.

Zurück zur Non-Fraternisierung?

sp. Vor einigen Tagen erschienen Berichte in der Presse, wonach die Britische Kontroll-Kommission alle Beamte, die deutsche Frauen geheiratet haben, von ihren Pflichten entbinden und nach Grossbritannien zurückschicken werde. Etwa 500 Personen sind davon betroffen.

Uns dünkt, dass eine solche Massnahme nicht als ein Beitrag zur Verbesserung der englisch-deutschen Beziehungen angesehen werden kann. Zu den Zielsetzungen der Alliierten gehörte u.a., die von den Nazis befolgte Diskriminierung gegen Angehörige anderer Nationen und Rassen ein für allemal zu beseitigen. Einen britischen Beamten nur deshalb zu qualifizieren, weil er eine deutsche Ehefrau hat, scheint uns daher schwer verständlich. Noch schwerer dürfte es sein, solche Massnahmen jungen Menschen zu erklären, die der Theorie und Praxis der Demokratie noch skeptisch gegenüberstehen.

Als möglichen Grund für diesen Schritt der britischen Kontroll-Kommission verweist der "Manchester Guardian" auf die Absicht Sir Ivone Kirkpatricks, des Nachfolgers von Sir Brian Robertson, die Mitglieder der Kontroll-Kommission so zu behandeln wie Angehörige der englischen Gesandtschaften, die nicht in einem Land Dienst tun können, wenn sie mit einem Bürger dieses Landes verheiratet sind. Ausserdem dürfen sie nicht im Auswärtigen Dienst beschäftigt werden, wenn sie Angehörige von Nationen geheiratet haben, mit denen sich Grossbritannien offiziell noch im Kriegszustand befindet.

Diese Vorschriften mögen für den Auswärtigen Dienst unter normalen Bedingungen verständlich und vielleicht sogar erforderlich sein. Doch ebenso muss erkannt werden, dass die Aufgaben einer Gesandtschaft andere sind als die einer Besatzungsmacht, besonders wenn die Besatzungsmacht die Demokratisierung des besetzten Volkes zum Ziel hat. Eine solche Verordnung kann nur zur Isolierung der Besatzungsmacht führen und damit zu den unglücklichen psychologischen und politischen Spannungen zwischen Siegern und Besiegten, welche die Periode des Fraternisierungsverbotes kennzeichneten.

H.P.

- - -

Kongress für kulturelle Freiheit

sp. In West-Berlin, der vorgeschobenen Bastion westlicher Demokratie, wird am 25. Juni der "Kongress für kulturelle Freiheit" zusammentreten. Es ist eine Demonstration des freien europäischen Geistes, gekennzeichnet durch drei Tatsachen: durch die Namen der Teilnehmer, durch die Themen, die sich der Kongress zu behandeln vorgenommen hat und durch die Wahl des Tagungsortes. Politiker, Staatsmänner, Schriftsteller, Wissenschaftler aus allen demokratischen Ländern, kurz, Frauen und Männer, die unsere Zeit tragen oder ständig die Hand am Puls dieser Zeit haben, werden zusammenkommen, um in der bedrohten und umkämpften Stadt an der Spree so hohe Ziele wie Freiheit der Kultur, der Kunst und der Wissenschaft zu debattieren und gegenüber dem Osten zu manifestieren.

Aus der Fülle der geistigen Prominenz, die sich zu dem fünftägigen Kongress in Berlin versammeln wird, greifen wir einige Namen heraus: Julian Huxley, Victor Gollancz, Arthur Koestler (England); Karl Jaspers, Alfred Weber, Carlo Schmid, Eugen Kogon, Adolf Grimme (Deutschland); André Gide, Georges Dubamel, André Philip (Frankreich); John Dewey, Eleanor Roosevelt, Upton Sinclair, Walter Reuther, James Burnham (USA); Ignazio Silone - Italien; Alexander Lernet-Holenia/Österreich; Haakon Lie - Norwegen; Carl Zuckmayer und Wilhelm Röpke - Schweiz.

Dieser kleine Auszug aus der Liste der Kongressteilnehmer zeigt Männer der verschiedensten politischen Richtungen und Anschauungen. Eine Richtung allerdings fehlt, die kommunistische. Was aber alle diese Menschen über die politischen Unterschiede hinweg eint, ist das Wissen, dass die abendländische Kultur, deren hervorragende Vertreter und Verfechter sie sind, in Gefahr ist. Sie treten dieser Gefahr dort entgegen, wo sie sich am aggressivsten zeigt. Das beweist, dass sie weder sich, noch ihre Sache aufgeben, sondern sich zu einem Kampfe stellen, der wert ist, von allen Menschen durchgefochten zu werden, die guten Willens sind. Die Absicht, vor dem totalitären Ansturm auch auf der kulturellen Sphäre nicht zu resignieren, ist die erfreulichste Erkenntnis dieses Kongresses; diese Absicht über die Sektorengrenzen von Berlin hinaus in die Ostzone und noch weiter nach dem totalitären Osten strahlen zu lassen, ist eine würdige Ergänzung des gleichen Kampfes auf dem politischen und wirtschaftlichen Feld.